

In eigener Sache

§ 6 der Satzung der DSTG Niedersachsen besagt, dass die Mitgliedschaft bei Ableistung der Wehrpflicht bzw. des Ersatzdienstes, der Beurlaubung ohne Dienstbezüge (hierzu gehört auch die Elternzeit) und während eines Berufungsverfahrens nach § 5 Nr. 5 der Satzung ruht.

Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft sind dann ausgesetzt. Der Kollege/die Kollegin hat also im Falle des Ruhens einer Mitgliedschaft keine Ansprüche auf beispielsweise den Erhalt der Mitgliederzeitung, die Gewährung von Rechtsschutz und die Gewährung von Zahlungen aus der Hilfskasse. Werden Beiträge während des Ableistens von Wehrdienst/ Ersatzdienst oder im Falle einer Beurlaubung fortgezahlt, ruht die Mitgliedschaft nicht.

Sollten Kolleginnen und Kollegen die Fortzahlung der Beiträge wünschen und sich damit gegen ein Ruhen der Mitgliedschaft aussprechen, bitten wir dieses gegenüber der/dem Ortsverbandsvorsitzenden oder direkt in der Geschäftsstelle der DSTG Niedersachsen anzuzeigen.

Bundestarifkommission der DSTG zu Gast in Hannover

In der Zeit vom 03. - 05. September 2009 fand die 79. Sitzung der DSTG Tarifkommission (TK) als Seminar der dbb akademie in Hannover statt. Zweimal jährlich tagt die DSTG Tarifkommission, die sich aus 22 Teilnehmern zusammensetzt. Aus jedem Bundesland ist mindestens ein Tarifvertreter dabei. Gastgeber der Tarifkommission in diesem Jahr war der DSTG Landesverband Niedersachsen.

Neben dem tarifpolitischen Lagebericht u.a. Tarifrunde 2009 > Umsetzung des Tarifergebnisses in den Ländern < wurden Diskussionen zur neuen Entgeltordnung, zu Tarif- und Eingruppierungsfragen, zu aktueller Rechtsprechung im Tarifbereich, zur neuen Entwicklung in der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes im Bereich der VBL, zu neuen Organisationsformen und deren Auswirkungen auf die Eingruppierung (z.B. steuerliche Beleglesung > Scannerverfahren) u.v.m. geführt.

Ein Höhepunkt dieses Seminars war der Besuch unseres Finanzministers und Vorsitzenden der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) Hartmut Möllring. Am Donnerstagabend folgte Herr Möllring unserer Einladung, mit den bundesweit angereisten Tarifvertretern der DSTG zu diskutieren.



Aus dem Tarifbereich

Dank des guten Kontaktes unseres Tarifvertreters Reiner KÜchler und des Vorsitzenden der DSTG TK Helmut Overbeck zu Herrn Möllring war dieser sofort bereit, unserer Einladung zu folgen.

In angenehmer Atmosphäre wurden Themen wie die neue Entgeltordnung, Stufenaufstiege, der in Niedersachsen vorherrschende Einstellungsstopp im Tarifbereich genauso wie Tarifverhandlungen im Allgemeinen, die finanzielle Lage des Landeshaushaltes in Niedersachsen wegen der vorherrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise u.v.m. angesprochen.

Während der Diskussionen konnte der aufmerksame Zuhörer viele Daten und Fakten aufnehmen. So beispielsweise, dass Niedersachsen als Agrarland auf diesem Sektor auch fiskalisch gesehen bundesweit sehr gut aufgestellt ist. „Jedes 3. in Deutschland verarbeitete Schwein ist ein „Niedersachse“, so die humorvolle Aussage unseres Finanzministers Möllring.

Aufgrund der prekären Haushaltslage Niedersachsens wird Anfang 2010 eine Haushaltsklausurtagung stattfinden. „Es steht alles auf dem Prüfstand“ betonte Herr Möllring.



(von Links) Dr. Thorsten Eichenauer, Finanzminister Hartmut Möllring, Reiner KÜchler

Für die Interessenvertretung aller Beschäftigten ist es gut und wichtig, solche Kontakte zur Politik zu halten und zu pflegen. Das ist Ziel und zugleich Aufgabe einer Gewerkschaft wie der DSTG.

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Herrn Finanzminister Möllring, dass er sich in dem 3 stündigen Meinungsaustausch unseren Fragen, Sorgen und Anregungen gestellt hat.

Am Freitag und Samstag wurde das Seminar arbeitsreich fortgeführt.

Abschließend dankte der Vorsitzende der DSTG TK, Helmut Overbeck, dem DSTG Landesverband Niedersachsen für die Ausrichtung und lobenswerte Organisation dieses Seminars. Insbesondere dankte er unserem Tarifvertreter Reiner KÜchler und dem Vorsitzenden Dr. Thorsten Eichenauer.

Dr. Eichenauer hatte am Freitag die Mitglieder der Tarifkommission durch die Innenstadt Hannovers geführt und viele Informationen zur Stadtgeschichte gegeben. Vom Aussichtsturm des Neuen Rathauses konnte die Stadt in Augenschein genommen werden. „Hannover ist eine sehenswerte und wohl häufig unterschätzte Stadt“, so die einhellige Meinung aller TK Mitglieder.

Reiner KÜchler
Tarifvertreter
DSTG Landesverband Niedersachsen

Impressum:

Herausgeber: DSTG Landesverband Niedersachsen e.V.; Verantwortlich: Dr. Thorsten Eichenauer, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Telefon: 05 11/34 20 44, FAX: 05 11/3 88 39 02, e-mail: geschaeftsstelle@dstgnds.de, Internet: www.dstgnds.de
Redaktion, Layout und Anzeigenverwaltung: Uschi Japtok und Markus Plachta, Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover
Auflage: 8.000 - Erscheinungsweise: zweimonatlich - Druck: Druckerei Hartmann, Weidendamm 18, 30167 Hannover
Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG und der Redaktion nicht übereinstimmen muss.
Der Bezugspreis ist für Mitglieder durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. (C) 2009 - DSTG Niedersachsen - Alle Rechte vorbehalten

Liebe Kolleginnen
und Kollegen,

ein von vielen als inhaltsleer
kritisierter Wahlkampf liegt
hinter uns. Mich überrascht es
nicht, dass die Gruppe der
Nichtwähler mit fast 30 % die
stärkste „Partei“ stellt. Diese
Entwicklung, die mich mit Sorge
erfüllt, offenbart nicht nur eine
zunehmende große Unzufriedenheit
mit den Parteien,
sondern auch ein Desinteresse
an der Zukunft unseres Landes.

Als wesentliches Ergebnis der
Bundestagswahl muss man
festhalten, dass sich erstens ein
6-Parteien-System etabliert hat
und zweitens die beiden großen
Volksparteien CDU und SPD
nicht mehr in der Lage sind,
30 % oder mehr der Stimmen
auf sich zu vereinen. Sie sind
damit nicht einmal oder gerade
noch doppelt so groß wie die so
genannten kleinen Parteien.

Die Wählerinnen und Wähler
trauen den bisherigen beiden
großen Volksparteien nicht zu,
alleine oder mit einem kleinen
Koalitionspartner die Interessen
der Bevölkerung sachgerecht
zu vertreten. Sicher wollen alle
Parteien das gesamte sach-
und fachpolitische Spektrum
abdecken, können jedoch die
Wählerinnen und Wähler nicht
von ihrem Programm über-
zeugen. Die kleineren Parteien
verfügen über Schwerpunkt-
themen, deren Behandlung aus
der Sicht der Bürgerinnen und
Bürger besonders wichtig ist.
Die Grünen sehen ihre Haupt-
aufgabe im Umweltschutz, die
FDP in der Wirtschaftspolitik
und die Linke in der Sozial-
politik.

Leider nimmt sich keine der
Parteien nachdrücklich der
Sorgen des öffentlichen Diens-
tes an. Natürlich beschäftigen
sich alle Parteien mit der

Zukunft der Verwaltung, aber
vorrangig aus der Sicht ihrer
fachspezifischen Anliegen,
nicht aus dem Blickwinkel der
Sorgen und Nöte der Beschäf-
tigten des öffentlichen Dienstes.
Folglich müssen wir ernsthaft
darüber nachdenken, wie wir
künftig die Interessen unseres
öffentlichen Dienstes sachge-
recht wahrnehmen können.

Immer wieder erheben Teile
unserer Mitgliedschaft die For-
derung nach einem Streikrecht
für die Beamtinnen und Beam-



ten. Diese Forderung resultiert
nicht aus einer wie auch immer
gearteten Kampfeslust unserer
Kolleginnen und Kollegen. Sie
ist vielmehr die Folge des
Frustes und des Zornes, dass
man Beamtinnen und Beamten
Belastungen aller Art ohne das
Risiko einer schmerzhaften
Gegenwehr auferlegen kann.
Das zur Zeit einzig zulässige
und wirksame Verteidigungs-
mittel ist der Rechtsweg, der
aber bekanntlich lang und teuer
ist.

Die hergebrachten Grundsätze
des Berufsbeamtentums in
Deutschland verbieten nach
herrschender Rechtsmeinung
ein Streikrecht für Beamtinnen

und Beamte. Wesentliche
Argumente für diese Ansicht
sind das öffentlich-rechtliche
Dienst- und Treueverhältnis
und die Garantie der jeder-
zeitigen Handlungsfähigkeit des
Staates.

Unbestritten zulässig ist aber
die politische Betätigung von
Beamtinnen und Beamten.
Wenn die in Deutschland
bestehenden Parteien unsere
Interessen nicht sachgerecht
vertreten, dann müssen wir, die
Beschäftigten des öffentlichen
Dienstes, unsere Interessen
selbst in die Hand nehmen.

Aus den Demonstrationen für
den Erhalt unserer Umwelt ist
die Partei „Die Grünen“ hervor-
gegangen. Aus den Demons-
trationen für eine angemessene
Bezahlung des öffentlichen
Dienstes kann eine Partei des
öffentlichen Dienstes hervor-
gehen. Dies ist eine Forderung
an unseren Dachverband. Der
dbb sollte diesen Gedanken
aufgreifen und die entspre-
chenden Voraussetzungen
schaffen. Eine Partei des
öffentlichen Dienstes hätte
einen ganz wesentlichen Vorteil
gegenüber den etablierten
Parteien: Ihre Mitglieder würden
über den Sach- und Fach-
verband in allen politischen
Bereichen verfügen, denn nicht
ohne Grund werden die Beam-
tinnen und Beamten bei jeder
Gesetzgebung zu Rate gezo-
gen.

Wir dürfen uns nicht von der
politischen und wirtschaftlichen
Entwicklung in Deutschland
abkoppeln lassen, wir müssen
unsere Rechte selbst wahrneh-
men. Nur dann werden wir auch
weitere Angriffe auf die Interes-
senvertretungen der Beschäf-
tigten des öffentlichen Dienstes,
die Personalvertretungen, ein
für allemal beenden können. Mit
dem niedersächsischen Mo-

Der Landesvorsitzende - Angemerkt...

dellkommunengesetz wollen die Regierungsfractionen unseres Landtages die Rechte der Personalvertretungen beschneiden. Zugegeben handelt es sich um einen kleinen Einschnitt, aber hier gilt die alte Lebenserfahrung: Wehret den Anfängen!

Der Landesgewerkschaftstag des dbb Niedersachsen ist aufgefordert, klar Position zu beziehen:

Hände weg vom NPersVG ! Das Personalvertretungsrecht in Niedersachsen hat sich bewährt. Die Mitwirkungsrechte der Personalräte und deren besonnenes Handeln haben entscheidend dazu beigetragen, dass die Verwaltung in Niedersachsen trotz ständigen Personalabbaus und gravierender Einschnitte in das Besoldungs-, Versorgungs- und Beihilferecht noch so exzellent funktioniert. Wer in das Miteinander von Interessenvertretung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und Verwaltung eingreift, der zerstört die Basis einer erfolgreichen Verwaltung.

Ferner wird der Landesgewerkschaftstag nachdrücklich den Abbau des Besoldungs- und Versorgungsrückstandes einzufordern haben. Unser niedersächsischer dbb hat mit seinen Musterklagen auf amtsangemessene Alimentation den richtigen Weg eingeschlagen und einen Vorlagebeschluss zum Bundesverfassungsgericht erfochten. Doch es sind bereits Jahre seit der Streichung der Sonderzuwendung ins Land gegangen. Zu Recht fordern unsere Kolleginnen und Kollegen effektivere Möglichkeiten ihrer Interessendurchsetzung. Eine davon ist die Gründung einer Partei des öffentlichen Dienstes.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr



Aus dem Tarifbereich

DSTG fordert gegenüber Finanzminister Möllring die Aufhebung des Einstellungsstopps für den Tarifbereich

Das Ministergespräch während der DSTG TK-Sitzung Anfang September 2009 wurde von unserem Tarifvertreter Reiner Kuchler genutzt, um nochmals und ausdrücklich auf die schlechte Personalsituation im Bereich der Tarifbeschäftigten in den niedersächsischen Finanzämtern hinzuweisen.

„Aufgrund der Altersschichtung im Tarifbereich haben in den vergangenen Jahren eine erhebliche Anzahl von Tarifbeschäftigten die Steuerverwaltung verlassen. Der seit 2003 vorherrschende Einstellungsstopp machte bisher einen Ausgleich durch Neueinstellungen unmöglich. Mittlerweile ist in fast jedem Finanzamt ein erheblicher personeller Mangel an Tarifbeschäftigten festzustellen“, resümierte Kuchler gegenüber dem Finanzminister.

„Diesem Mangel kann nur durch Aufhebung - ersatzweise Lockerung - des Einstellungsstopps begegnet werden“, so Kuchler.

Bereits im Haushaltsjahr 2008 konnte - auch durch den Einsatz der DSTG - erreicht werden, das für befristete Einstellungen im Tarifbereich zusätzlich 600.000 Euro für die Steuerverwaltung unter Kapitel 0406 Titel 42701 durch die Landesregierung bewilligt wurden.

Dieses ist auch die Mindestforderung der DSTG für das Haushaltsjahr 2010!

Herr Möllring zeigte Verständnis für die Forderung der DSTG und sagte eine Prüfung dieses Sachantrages im Wege der Haushaltsberatungen für den Haushalt 2010 zu. Die DSTG wird hier am Ball bleiben und über das Ergebnis der zugesagten Prüfung berichten.

Reiner Kuchler
Tarifvertreter DSTG Landesverband Niedersachsen

Landesvorstandssitzung am 17. August 2009

Der DSTG-Landesvorsitzende Dr. Thorsten Eichenauer hatte die Mitglieder des Landesvorstandes zur zweiten Landesvorstandssitzung in diesem Jahr für den 17. August 2009 eingeladen.

Hauptschwerpunkt der Sitzung war die Vorbereitung des im Oktober 2009 stattfindenden Landesgewerkschaftstages des dbb beamtenbund und tarifunion landesbund niedersachsen. Hier ist die DSTG als Fachgewerkschaft im dbb ebenso wie alle anderen Landesfachgewerkschaften und -verbände aufgefordert, Sachanträge für die zukünftige Arbeit des dbb an den Landesgewerkschaftstag zu stellen. Diese Anträge sind auf der Basis der Beschlüsse des DSTG-Landesverbandstages 2008 durch den geschäftsführenden Vorstand formuliert und den Mitgliedern des Landesvorstandes am 17. August 2009 vorgestellt worden. Nach einer kurzen Diskussion wurden die Anträge genehmigt und sind inzwischen an den dbb weitergeleitet worden. Sie werden nunmehr auf dem Landesgewerkschaftstag des dbb von den dortigen Delegierten beraten werden.

Auf dem Landesgewerkschaftstag werden weiterhin eine neue Satzung des dbb niedersachsen sowie Richtlinien für die Zusammensetzung und Tätigkeit der Landestarifkommission des Niedersächsischen Beamtenbundes zu beschließen sein.

Ein weiterer Schwerpunkt dieser Sitzung war natürlich die Situation in den Finanzämtern.

Täglich neues Steuerrecht, Rentenbezugsmitteilungen, KONSENS I, Scannerverfahren



dieses sind nur einige der Stichworte, die täglich auf die Beschäftigten der Finanzämter hernieder prasseln. Dazu kommen diverse Listen, wie die AdV-Listen, die Vorbehaltslisten, Schätzungslisten, die abuarbeiten sind und neben vielen anderen Dingen ist auch noch die Arbeit zu erledigen, die auf dem jeweiligen Dienstposten ohnehin zu erledigen ist.

Es findet hier eine Überlastung aller unserer Kolleginnen und Kollegen statt. Viele wissen nicht mehr, welche Aufgabe zuerst erledigt werden sollte. Hier gilt zu bedenken, dass - sollten sich auf einem Dienstposten/Arbeitsplatz gravierende Rückstände aufbauen - Kolleginnen und Kollegen immer in der Pflicht sind, gegenüber ihren jeweiligen Vorgesetzten kundzutun, dass die Arbeit nicht mehr zu schaffen ist. Mit einer spürbaren Entlastung der Beschäftigten wird aber ggf. erst zu rechnen sein, wenn die jungen Leute, die in den nächsten Jahren in das Auszubildendenverhältnis als Finanzanwärter/in, bzw. Steueranwärter/in eingestellt werden, ihre Laufbahnprüfung hinter

sich gebracht haben.

Die Gespräche der DSTG-Spitze Niedersachsen mit Politikern aller Parteien haben deshalb vorrangig auch immer wieder die Personalsituation zum Inhalt. Vor den Hintergrund der demographischen Entwicklung und der bekannten Altersabgänge in den nächsten Jahren ist es unbedingt erforderlich, so viele Anwärter/innen wie irgend möglich an Bord zu nehmen und diese natürlich nach bestandener Laufbahnprüfung auch in das Beamtenverhältnis auf Probe einzustellen. Durch die jetzt geplanten Einstellungszahlen wird jedoch nicht einmal die Bestandserhaltungsquote erfüllt, so dass neben der Aufstockung des Personals auch die Notwendigkeit einer Aufgabenkritik und -minderung weiterhin gefordert wird.

Eine Vereinfachung des Steuerrechts - hier sind sich die Politiker im Land einig - wird wohl kaum beschlossen werden. Inzwischen ist die Einführung von KONSENS I um ein Jahr auf den Jahreswechsel 2011/2012 verschoben worden.

Aus dem Landesvorstand



Die DSTG begrüßt diese Verschiebung; denn sie verschafft uns ein wenig Luft für die im nächsten Jahr anstehenden Aufgaben, wie bspw. die Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen oder das Scannerverfahren.

Im Übrigen informierte der DSTG-Landesvorsitzende über die momentane Haushaltslage des Landes Niedersachsen sowie die Haushaltsaufstellung für den Haushalt 2010. Die DSTG verschließt ihre Augen natürlich nicht vor der Haushaltslage des Landes. Aber man kann es nicht oft genug betonen: Zu wenig Personal in der Steuerverwaltung führt eher dazu, dass die Steuereinnahmen sinken,

nicht steigen. Wir fordern deshalb Herrn Finanzminister Möllring auf: Erkennen Sie auch zukünftig den Personalbedarf in der Steuerverwaltung an und sorgen Sie dafür, dass die einzige Einnahmeverwaltung im Land Niedersachsen ihre Aufgabe erfüllen kann. Weitere Aufgaben ggf. nach der Bundestagswahl am 27. September 2009 sind nicht erfüllbar.

Zum Ende der Sitzung diskutierten die Mitglieder des Landesvorstandes über verschiedene DSTG-interne Angelegenheiten. Aus der DSTG-Geschäftsstelle wurde berichtet, dass Wartezeiten im Bereich der Hilfskasse nicht zu verzeichnen sind, der Kassenwart des Landesverbandes legte die Halbjahresauswertung vor und berichtete über eine Erhöhung der Abführungen an die Dachverbände der DSTG Niedersachsen. Es wurde weiterhin die Bitte geäußert, dass Veränderungen, Adressenänderungen, Kontoänderungen der DSTG-Mitglieder unverzüglich auch an die Geschäftsstelle gemeldet werden sollen.

Aus dem Bezirkspersonalrat

Vereidigung der Steueranwärter/innen und der Finanzanwärter/innen des Ausbildungsjahrganges August 2009

Am 14. August legten 108 Steuer- und 139 Finanzanwärter/innen des Ausbildungsjahrganges August 2009 ihren Diensteid ab. Es war das dritte Mal in Folge, dass Finanzminister Möllring als der zuständige Fachminister unseren neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen diesen Diensteid persönlich abnahm.

In seiner Festansprache wies Finanzminister Möllring darauf hin, dass er bei Gründung der Steuerakademie im Jahre 2006 bereits gesagt habe, die Gründung der Steuerakademie sei ein zukunftsweisender Schritt auf dem Aus- und Fortbildungssektor der Steuerverwaltung, der Vorbildcharakter für das gesamte Bundesgebiet habe. Diese Aussage sehe er heute bestätigt, denn Hamburg werde in Kürze eine Steuerakademie gründen und Bremen und Mecklenburg-Vorpommern hät-

ten ebenfalls Interesse bekundet. Innerhalb von nur drei Jahren sei die Steuerakademie zu einer Einrichtung mit Vorzeigecharakter geworden.

Den jungen Kolleginnen und Kollegen wünschte der Finanzminister eine interessante und erfolgreiche Zeit und alles Gute für die berufliche und persönliche Zukunft. Er äußerte die Zuversicht, dass die „Neuen“ zu nahezu 100 % die anspruchsvolle Ausbildung durchstehen werden.

Moderiert wurde die Feierstunde von der stellvertretenden Akademieleiterin Bernadette Zeitler. Ihre Botschaft an die Steuer- und Finanzanwärter/innen: „Man kann Rinteln und Bad Eilsen tatsächlich überleben!“ Das dieses auch tatsächlich zutrifft, konnte die Pianistin Ulrike Antons vom Finanzamt Oldenburg beweisen. Sie hatte drei

Wochen zuvor ihr Diplom im Bad Eilsen Kursaal empfangen. Ihre musikalische Darbietung, u.a. aus dem Kinofilm „Die fabelhafte Welt der Amèlie“ wurde mit großem Applaus bedacht.

Die Grußworte richteten Bernd Schönemann, Samtgemeindebürgermeister Bad Eilsen, Bad Eilsens Bürgermeisterin Christel Bergmann und Rintelns Bürgermeister Karl-Heinz Buchholz an das Publikum.

Werbende Worte für einen Besuch von Verwandten, Bekannten und Freunden in den beiden Städten waren von den Vertretern der Kommunen zu hören. Rintelns Bürgermeister verdeutlichte die Freizeitangebote noch, indem er Prospekt um Prospekt hervorholte und den neuen 247 Bürgerinnen und Bürgern auf Zeit präsentierte.

Versammlung beim Ortsverband Hannover-Nord

Am 15. September 2009 fand die diesjährige Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Hannover-Nord statt.

Nachdem der Vorsitzende, Kollege Bernd Borgfeld seinen Tätigkeitsbericht für das vergangene Jahr abgegeben, der Kassierer des Ortsverbandes die finanzielle Lage des Ortsverbandes dargestellt und die Versammlung dem Antrag der Kassenprüfer auf Entlastung des Kassierers und des gesamten Vorstandes zugestimmt hatte, wurden die Wahlen zum neuen Ortsverbandsvorstand durchgeführt.

Hiernach werden in den nächsten vier Jahren die folgenden Kolleginnen und Kollegen dem Vorstand angehören: Bernd Borgfeld (Vorsitzender), Lothar Müller (Kassierer), Tanja Schade (Schriftführerin), Ramona Pape (Frauenvertreterin), Cornelia Heinze (Jugendvertreterin), Silke Jenkner (Beisitzerin). Die Kolleginnen Silke Jeep und Uschi Japtok haben aus zeitlichen Erwägungen von einer Kandidatur Abstand genommen und wurden mit einem Blumenstrauß aus der bisherigen Vorstandsarbeit verabschiedet.

Zu der Versammlung konnten die anwesenden Mitglieder des Ortsverbandes den stellvertretenden Vorsitzenden der DSTG Niedersachsen, den Kollegen Günther Abeling begrüßen. Bevor Kollege Abeling über die Arbeit der DSTG berichtete, erfolgten die Ehrungen der anwesenden Mitglieder Monika Harder und Volker Bock für 40-jährige, bzw. 25-jährige

Mitgliedschaft.

Günther Abeling wies in seinem Bericht insbesondere auf die Erfolge der DSTG hin, die aber auch nur deshalb möglich werden, weil die DSTG von ihren Mitgliedern und deren Arbeit vor Ort gestützt und unterstützt wird. Insbesondere durch die eindrucksvolle Teilnahme an den Demonstrationen im November 2008 und Februar 2009 sind die Mitglieder an dem Erreichen der Stellenhebungen und an den Tarifabschlüssen nicht unwesentlich beteiligt gewesen.

Die Steuerverwaltung unterliegt gravierenden Veränderungen und benötigt dringend Personal. So setzt sich die DSTG in Gesprächen mit den politischen Parteien vehement für erhöhte Einstellungszahlungen von Anwärtern ein. Auch im Zeichen der Finanzkrise ist es unbedingt notwendig, dass die geplanten Einstellungszahlen tatsächlich umgesetzt werden. Allein die Einführung von organisatorischen und technischen Veränderungen ist nicht geeignet, um der auf die Steuerver-

waltung zulaufenden Arbeit Herr zu werden. Technik entscheidet schließlich nicht, ob ein Kind zu berücksichtigen ist oder nicht oder ob ein getätigter Umsatz als steuerpflichtig oder steuerfrei zu beurteilen ist.

Neben den weiteren Ausführungen zum neuen Dienstrecht, insbesondere zur Probezeit und zu den Beurteilungsrichtlinien, die gerade an das neue Dienstrecht angepasst werden, ging Kollege Abeling auch auf die Arbeit der DSTG auf Bundesebene ein.

Er erläutert, dass die 4 Jahre der Großen Koalition von 59 Steuerrechtsänderungen geprägt waren. In jedem Jahr sind rd. 15 Änderungen durchgeführt worden, d.h. in jedem Monat durchschnittlich mehr als eine. Bei den Anhörungen zu den Steuerrechtsänderungen sind der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek und/oder sein Stellvertreter Thomas Eigenthaler gern gesehene Gesprächspartner. Sicher ist hier nicht jede Steuerrechtsänderung zu verhindern, aber manche wäre ohne die Äußerungen der



(von links) Bernd Borgfeld, Volker Bock, Günther Abeling

Aus den Ortsverbänden



(von links) Monika Harder, Günther Abeling

DSTG-Vertreter noch anders ausgefallen. Es zeigt sich auch hier wieder: **eine starke, kompetente Gewerkschaft kann viel bewirken.**

Zum Abschluss seiner Ausführungen überreichte Kollege Abeling dem neu gewählten Vorstand des Ortsverbandes einen Gutschein des DSTG Landesverbandes Niedersachsen über 100,- Euro. Dieser Gutschein wird vom Landesverband Niedersachsen anlässlich seines 60-jährigen Jubiläums vergeben und ist als Dankeschön für die Unterstützung seiner Mitglieder vor Ort gedacht.

Die Versammlung wurde um 18.00 Uhr geschlossen. Im Anschluss war jedes Mitglied noch zu einem Bratwürstchen oder Nackensteak mit Salat eingeladen. Die Mitglieder bedanken sich bei Günther Abeling für seine interessanten Ausführungen.

Uschi Japtok, Mitglied des Ortsverbandes Hannover-Nord

Aus dem Finanzsport

34. Deutschlandturnier der Finanzämter

Wieder einmal drei tolle Tage - Austragungsort diesmal in Rostock

Bei strahlendem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen fand vom 17.09.-19.09.2009 das schon traditionelle Deutschlandturnier der Finanzämter in Rostock statt. Unter Teilnahme zahlreicher Landes- und Bezirksverbände sowie diversen Ehrengästen wurde im Rahmen einer eindrucksvollen Eröffnungsfeier mit dem traditionellen Einmarsch der Sportlerinnen und Sportler auf dem Sportplatz der Realschule „Nordlicht“ das diesjährige Deutschlandturnier eröffnet.

Die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Heike Polzin, die die Schirmherrschaft übernommen hatte, begrüßte die über 2000 angereisten Sportlerinnen und Sportler, Schlachtenbummler und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet. Sie zeigte sich

überaus beeindruckt von einer so großen Menge an sportbegeisterten Menschen, die alle auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verschiedensten Finanzverwaltungen der Bundesrepublik sind. Besonders bedankte sie sich für die hervorragende Organisation des Turniers durch die Finanzsportgemeinschaft Rostock unter Leitung des Kollegen Frank Höhne sowie allen fleißigen „Händen“, die zum Gelingen des Turniers beigetragen haben.

Frau Polzin rief alle Sportlerinnen und Sportlern zu einem fairen Wettkampf auf nach dem Motto "Ohne den Zweiten wäre der Erste nur Letzter" und wünschte fröhliche Tage an der Küste.

Es folgten die Grußworte des DSTG-Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek, der allen Kolleginnen und Kollegen für die jeweiligen Wettkämpfe die Daumen drückte. Der DFSH-Vorsitzende Josef Küpper eröffnete schließlich das 34. Deutschlandturnier der Finanzämter und wünschte allen Beteiligten spannende und sportliche Wettkämpfe. Der Eröffnungsveranstaltung folgte ein beeindruckender und ausgelassener Sportlerball.



Der DSTG Bundesvorsitzende Dieter Ondracek begrüßte die Teilnehmer.

Der erste Wettkampftag diente wie immer dazu, sich in den jeweiligen Sportarten Fußball, Tennis, Tischtennis, Bowling, Schach und Volleyball und erstmals in der Disziplin Drachenbootrennen für die Endkämpfe zu qualifizieren. In einigen Wettbewerben fielen hier auch bereits die ersten Entscheidungen.

Der zweite Wettkampftag stand dann ganz im Zeichen der Entscheidungen.

Hervorzuheben ist das hervorragende Abschneiden einiger Kolleginnen und Kollegen der Finanzämter Nienburg, Westerstede und Lüneburg.

Niedersachsen war in allen Sportarten außer Drachenboot mit insgesamt 86 Teilnehmern vertreten, was für einen hohen Stellenwert dieser Veranstaltung spricht.

Beim Volleyballturnier sind wir Deutscher Meister!!

Frisch gestärkt und mit teilweise neuen Spielern machten sich die beiden niedersächsischen Mannschaften aus Lüneburg und Nienburg/Weser auf die Reise zum Deutschlandturnier. Das Lospech und die unerwartet starken Gegner in der Vorrunde führten dazu, dass über das Spielfeld der Lüneburger „ein störendes Stahlseil“ gespannt war, d.h. die gegnerische Mannschaft jeden Punkt für sich entscheiden konnte. Für die engagierten Lüneburger war damit bereits nach der Vorrunde das Turnier beendet.

Die Nienburger konnten in der Vorrunde ohne Mühe die Punkte für sich vereinnahmen, weil gleich zwei Gruppgegner nicht angereist waren. Frischen Mutes zogen sie alsdann ins Viertelfinale am Samstag ein.



Die Teilnehmer aus Niedersachsen zur Eröffnung.

Dort fand gleich im ersten Spiel eine Wiederholung des letztjährigen Finales gegen den Würzburg-Sieger 2008 Hamburg statt. Nienburg sicherte sich die Revanche und zog weiter ins Halbfinale. Dort trafen sie auf das Team aus Brandenburg, das sich nach einem superstarken, spannenden 2.Satz den Nienburgern geschlagen geben musste.

Im Finale begegneten die Nienburger den Spielern aus Itzehoe „Auf die Mütze“. Diese eher tiefstapelnde Mannschaft setzte sich stark zur Wehr gegen die Topspieler aus Nienburg und verlor aber letztendlich deutlich in 2 Sätzen.

Der Pokal ist also in Niedersachsen! Wir freuen uns schon auf die Titelverteidigung in Aachen 2010.

Besonders zu erwähnen sind auch die Platzierungen im Bowling.

Niedersachsen war in dieser Disziplin - wie auch im letzten Jahr - mit 5 Herren- und 3 Damen-Mannschaften aus den Finanzämtern Lüneburg, Hannover-Mitte und Land I, Soltau und Westerstede stark vertreten.

Auch hier war die Stimmung überwältigend. Jeder wurde angefeuert und warf äußerst motiviert den „Ball“.

In der Herrenkonkurrenz siegte im Finale der Herren **Jürgen Flitz** vom FA Westerstede.

Dies ist besonders bemerkenswert, da der Zweitplatzierte in der Bundesliga spielt.

Des Weiteren errangen die Kollegen Jens Kruska (8.) und Andre Brandt (12.) vom Finanzamt Lüneburg sowie Jan-Dieter Scheelken (14.) vom Finanzamt Westerstede hervorragende Plätze bei 161 Teilnehmern.

Auch die Damen haben sich wacker geschlagen. Hier war die Kollegin Nadine Meinike (26.) vom Finanzamt Lüneburg die Bestplatzierte aus Niedersachsen bei 126 Teilnehmerinnen.

In der Mannschaftswertung punktete das Finanzamt Lüneburg mit dem **Superergebnis: Platz 2.**

Insgesamt waren 39 Mannschaften zum Wettstreit angetreten. Auch die Finanzämter Westerstede (5.), Soltau (10.),

Aus dem Finanzsport

Han-Mitte (14.) und Han-Land I (17.) belegten beachtliche Plätze.

Im **Schachturnier** platzierte sich der Kollege Marco Dittmann vom Finanzamt Hannover-Nord als bester nds. Teilnehmer als Nummer 11 von 48 Teilnehmern.

Allen Sportlerinnen und Sportlern gratulieren wir an dieser Stelle ganz herzlich.

Die weiteren Einzelheiten zu den Platzierungen in den Wettkämpfen entnehmen Sie bitte der Internetseite

www.deutschlandturnier2009.de

Auch diesmal kann man wieder einmal von einem durchaus gelungenen und gut organisierten Turnier sprechen, danke dafür an die Sportgemeinschaft

Mecklenburg-Vorpommern.



Wir freuen uns auf ein Wiedersehen vom 02.-04. September 2010 in Aachen in der Tivoli- Arena von Alemania Aachen.

Veronika Deppe, Steffi Bönigk, Bernd Borgfeld

AKTUELLES - Kurz notiert:

Das Bundesverwaltungsgericht hat durch Urteile vom 30.04.2009 (C 127.07 und 2 C 32.08) die Rechtmäßigkeit der Praxisgebühr bestätigt.

Die Entscheidung besagt auch, dass Beamte und ihre beihilfeberechtigten Familienangehörigen die Praxisgebühr zu entrichten haben.

Das NLBV hat nun angekündigt, bei diesen Widersprüchen aus verwaltungsökonomischen Gründen von einer Bescheidung der Widersprüche abzusehen. Sollte ein Widerspruchsführer/eine Widerspruchsführerin einen Bescheid wünschen, wird er gebeten, diesen zeitnah zu beantragen.

Das vom Dienstleistungszentrum Nord des dbb geführte Musterverfahren bezüglich der Praxisgebühr richtet sich nicht

gegen die Rechtmäßigkeit, sondern gegen die Höhe.

Grundlage für dieses Musterverfahren war ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Hannover vom 17. März 2005, Az.: 2 A 2 884/04. Hier war gesagt worden, dass der Eigenbehalt von 10,- Euro (Praxisgebühr) nur mit dem Beihilfebemessungssatz von der festgesetzten Beihilfe abgezogen werden darf.

Am 19.08.2009 ist ein Beschluss des Obergerichtes Lüneburg (5 LA 208/07) ergangen, der die Auffassung des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt.

Die Kürzung der Beihilfe um die sogenannte Praxisgebühr wird sowohl mit dem Alimentationsprinzip als auch mit dem Fürsorgeprinzip als vereinbar angesehen. Das OVG Lüneburg kommt zu dem Schluss,

dass differenzierte Regelungen zwar möglich wären, aber verfassungsrechtlich nicht geboten sind.

Der Gesetzgeber wird somit nicht verpflichtet, die Praxisgebühr nur mit dem Beihilfebemessungssatz von der festgesetzten Beihilfe abzuziehen.

Der dbb niedersachsen wird das Musterverfahren nicht weiterführen.

Die Ausführungen des NLBV zur Bescheidung der Widersprüche gelten somit ebenfalls für die Widersprüche, die sich mit der Höhe der eingehaltenen Praxisgebühr beschäftigen.

DSTG trifft die Landtagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen war die erste der im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien, die der Bitte der DSTG Niedersachsen um ein Gespräch gefolgt waren.

Am 28. September 2009 trafen der Landesvorsitzende der DSTG Dr. Thorsten Eichenauer und seine beiden Stellvertreterinnen Veronika Deppe und Uschi Japtok auf den fachpolitischen Sprecher für Haushalt und Finanzen Hans-Jürgen Klein.

Unser Landesvorsitzender stellte die Situation der Beschäftigten in der Steuerverwaltung dar. Einstellungsstopp im Tarifbereich und gravierende Altersabgänge im Beamtenbereich führen letztlich dazu, dass das Personal-Ist unter den zu erreichenden Zahlen lt. Einsparverpflichtungen zurück bleibt. In den Jahren 2010 - 2012 werden rd. 300 Altersabgängen jährlich zu verzeichnen sein, in den Jahren 2013 - 2020 werden diese Zahlen sich sogar noch auf rd. 500 erhöhen. Die Personaldecke werde immer dünner, die Belastung eines jeden einzelnen Mitarbeiters werde immer höher, die Grenze des Leistungsvermögens sei überschritten, so unser Landesvorsitzender. Eine



(von links) Dr. Thorsten Eichenauer, Hans-Jürgen Klein, Veronika Deppe

Lösung ist bisher nicht in Sicht. Vielmehr führen die weiteren Aufgaben zu weiterer Arbeitsverdichtung. So hat man errechnet, dass allein für die Auswertung der Rentenbezugsmitteilungen rd. 385 Vollzeitkräfte vonnöten wären. Auch die geplanten Einstellungszahlen für Anwärter können den Personalmangel nicht auffangen.

Gerade weil die Arbeit auf immer weniger Köpfe verteilt und dadurch die Arbeitsverdichtung ständig größer wird, muss diese Arbeit auch entsprechend honoriert werden, fordern die Vertreter der DSTG. Die beste Leistungshonorierung ist immer noch eine Beförderung. Die Verwaltung hatte zwar Stellenhebungen, d.h. zusätzliche Beförderungen beantragt; diese sind jedoch den jetzigen Einsparbestrebungen zum Opfer gefallen. Die DSTG-ler ihrerseits fordern nunmehr Herrn Klein auf, sich zusammen mit seiner Partei für die Gewährung von Stellenhebungen einzusetzen.

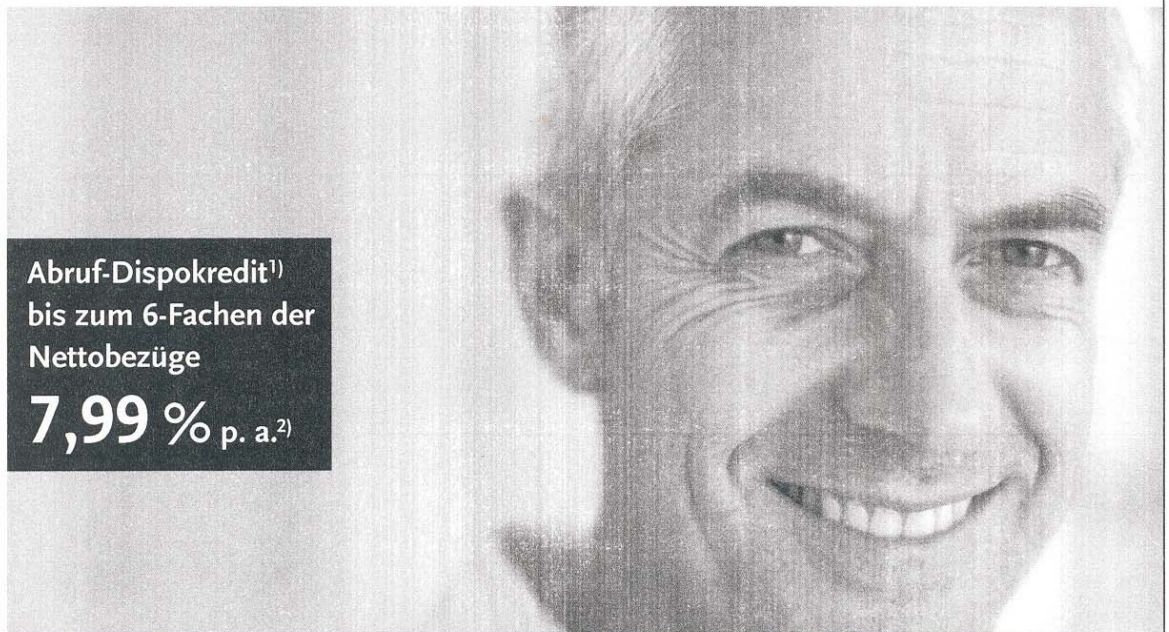
Unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der immer weiter zunehmenden Arbeitsverdichtung wäre so der DSTG Landesvorsitzende - die Einrichtung von mehr Telearbeitsplätzen eine Möglichkeit, den betreuenden Kolleginnen und Kollegen zu helfen. Die Erfahrungen der Beschäftigten aus den Pilotfinanzämtern haben gezeigt, dass ein Telearbeitsplatz eine gute Möglichkeit bietet, im Beruf fit zu bleiben und dennoch den Familienaufgaben gerecht zu werden.

Im Übrigen sprachen die DSTGV-Vertreter/-innen das Thema der Alimentierung an. In Schleswig-Holstein, einem durchaus ärmeren Bundesland als das Bundesland Niedersachsen, erfolgt in jedem Jahr eine Einmalzahlung in Höhe von 400,- Euro ab dem 1. Kind. In Niedersachsen propagiert man Familienfreundlichkeit in allen Parteien. Die Zahlung der 400,- Euro jedoch erfolgt erst ab dem 3. Kind, für das 1. und 2. Kind beträgt die Zahlung 120,- Euro. Warum, so die Frage der DSTG, können hier nicht die Ziele aller politischen Parteien umgesetzt werden und 400,- Euro ab dem 1. Kind gezahlt werden?

Politik sollte sich nach dem Wahlsonntag einmal Gedanken machen, warum lediglich 70 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne gegangen sind. Für die DSTG-ler steht fest, dass das Vertrauen in die Politik seit langem Stück für Stück abbröckelt. Das z.Zt. letzte Beispiel ist der Griff zur Versorgungsrücklage - auch wenn er rechtlich nicht zu beanstanden ist.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.dstgnds.de.

Im gesonderten **Geschützten Mitgliederbereich** ist der Blickpunkt Niedersachsen auch immer aktuell in elektronischer Form (als pdf-Dokument) zu finden.



Abruf-Dispokredit¹⁾
bis zum 6-Fachen der
Nettobezüge
7,99 % p. a.²⁾

¹⁾ Bei entsprechender Bonität
²⁾ Kondition freibleibend
³⁾ Voraussetzung: Bezügekonto (ohne Mindesteinzug)

0, Euro Bezügekonto für den öffentlichen Sektor

Seit unserer Gründung als Selbsthilfeeinrichtung für Beamte im Jahre 1921 betreut die BBBank erfolgreich Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Dank unserer langjährigen Erfahrung und Historie als Beamtenbank in Verbindung mit einem besonderen Produkt- und Dienstleistungsangebot sind wir auch heute bevorzugter Partner von Beschäftigten des öffentlichen Sektors.

0,- Euro Bezügekonto

- Kostenfreie Kontoführung und BankCard
- Regelmäßiger und kostenfreier Ratgeber „Rund ums Geld im öffentlichen Sektor“
- Regelmäßiger E-Mail-Newsletter
- Bequemer Kontowechsel für Ihr bisheriges Konto
- Kostenfreie Bargeldversorgung an allen Geldautomaten der BBBank sowie an über 2.500 Geldautomaten unserer CashPool-Partner
- Kostengünstige Verfügungsmöglichkeiten an über 18.000 Geldautomaten des genossenschaftlichen BankCard Service-Netzes.

+ Abruf-Dispokredit^{1) 3)}

- Bis zum 6-Fachen Ihrer Nettobezüge, Mindestrahmen 5.000,- Euro

+ 0,- Euro Depot³⁾

- Einfacher und kostenfreier Depotübertrag

Jetzt informieren:

Ingo Muhs, Kundenberater Öffentlicher Dienst
Mobil 01 72/6 79 74 78, E-Mail ingo.muhs@bbbank.de
www.beuegekonto.de

+ 30,- Euro Startgut-
haben über das dbb
vorsorgewerk.
Für Berufsanfänger
sogar 30,- Euro pro
Ausbildungsjahr
(max. 3 Jahre)

 **dbb**
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

 **Stiftung Warentest**
Finanztest
Kostenlos mit
sicheren
Onlinebanking-
Verfahren
Klassik-Direktkonto
der BBBank
Im Test:
154 Girokonten
von 73 Banken
Ausgabe 8/2008

BB  **Bank**

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst